

Feministischer Sommerkongress Berlin, 2026

Stadt für ALLE (Fokus 5)

Berlin – fair, inklusiv und sorgend?

PROTOKOLL

Die Veranstaltung stellte mit Blick auf die Leitlinien zur Gendergerechten Stadtentwicklung für eine faire, inklusive und sorgende Stadt des Bundesministeriums Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen BWSB (2025) die Frage nach dem Status quo in Berlin. Die Interessensvertreter*innen aus der Stadtgesellschaft (Nutzendengruppen) stellten ihre Anforderungen an die Stadtplanung im Rahmen von Kurzvorträgen vor (s. Anhang) und diskutierten im Anschluss mit Entscheidungsträger*innen aus der Politik und Stadtplanung

:: Um eine -Stadt für Alle- insbesondere in der bestehenden, über Jahrhunderte gewachsene Stadt herzustellen bedarf es der Analyse von komplexen baulichen Strukturen sowie der Hinterfragung und Transformation von gewachsenen Prozess- und Entscheidungsstrukturen. Die o.g. Leitlinien sind beispielsweise (noch) nicht in den Leitlinien der Städtebauförderung oder bei Wettbewerbsverfahren implementiert. Auch eine Evaluierung und Aktualisierung des Berliner Handbuchs zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung (2011) steht noch aus.

:: Eine gesetzliche Verankerung der in den Leitlinien genannten Belange und Prozesse in die vorbereitende Planung würde die Umsetzung sicherstellen, vereinfachen und beschleunigen.

:: Eine verbindliche, institutionalisierte Anwendung der Leitlinien in der Bauverwaltung ermöglicht die Einrichtung von Fachstellen und unterstützt die Entwicklung von verbindlichen Anwendungskriterien bei Wettbewerbsauslobungen, in der Bauleitplanung, bei Bauvorhaben etc..

:: Um schneller voran zu kommen müssen mehr Frauen* in den politischen Gremien und fachlichen Ausschüssen mitwirken (Parität), es muss mehr Gleichstellungsbeauftragte und einen Frauenbeirat Stadtplanung in jedem Bezirk, nicht nur in Mitte, geben. -Gendergerechte Stadtentwicklung- soll fester Bestandteil in den Weiterbildungsangeboten der Verwaltungen, den Architektenkammer und Berufsverbänden werden.

:: Eine frühzeitige, institutionalisierte Beteiligung von Nutzenden- und Bedarfsgruppen (Phase 0) und eine aufsuchende Vorort-Beteiligung (Phase 2) macht den Planungsprozess effektiver, zielorientierter und stellt die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung sicher, bei jedem Bauvorhaben, ob öffentlich oder privat. Hierbei sollen nicht stellvertretend die Bedarfe mit gedacht werden, sondern mit qualifizierten Nutzendengruppen gemeinsam die Anforderungen an die Stadtplanung und Bauvorhaben erarbeitet werden.

FORDERUNGEN (Zusammenfassung)

an die Berliner **Politik / das Abgeordnetenhaus Berlin für eine Gendergerechte Stadtentwicklung** im Sinne einer fairen, inklusiven, sorgenden und klimaresilienten Stadt.

- a) *Mobiler Expert*innenbeirat (ME*B)*: Die Leitlinien einer Gendergerechten Stadtentwicklungspolitik für eine faire, inklusive, sorgende Stadt für ALLE des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) aus dem Jahr 2025 soll in Berlin selbstverständlicher Bestandteil von Planungsprozessen werden. Bereits vorhandene Ansätze partizipativer Planung werden dadurch gestärkt. Vor dem Hintergrund der Vielfalt der Nutzendengruppen einer Stadt (für ALLE) und im

Sinne einer qualifizierten Vorbereitung eines lokalen, partizipatorischen Planungsprozesses halten wir es für effizienter und zielführender bereits in der projektvorbereitenden Planungsphase (Phase 0) entsprechende Expertisen zu konsultieren. Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung eines bezirksübergreifenden Mobilen Expert*innenbeirats (ME*B) mit Expert*innen aus diversen Planungs- und Nutzengruppen (Netzwerk). Die Koordinierung und Finanzierung gilt es über die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen o.ä. zu sichern.

- b) Die Bedarfe von Frauen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen als Querschnittsthema sind in allen Bereichen der Stadtplanung bereits in der *Phase 0* grundrechtskonform im Sinne von *Barrierefreiheit sicherzustellen*.
- c) *Integration* der Leitlinien für eine faire, inklusive, sorgende Stadt in das *Berliner Klimaanpassungsgesetz (KAnGBIn)*.

VERANSTALTERINNEN

Elke Duda, Women in Architecture Berlin / netzwerk von architektinnen,
landschaftsarchitektinnen, innenarchitektinnen, stadtplanerinnen n-ails e.V.,
Dr. Hildegard Schicke, Berliner Frauenbund 1945 e.V.,
Heike Esser, Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

TEILNEHMENDE

Impulse mit Interessensvertreter*innen aus der Stadtgesellschaft:

- Isabell Eberlein, velo konzept / women in mobility
- Ulrike Haase, Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.
- Mareike Dreuß, SelbstHilfeInitiative Alleinerziehender SHIA e.V.
- Lisa Reinhardt, S.I.G.N.A.L. - Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt e.V.
- Katharina Oguntoye, Joliba e.V.
- Janika Gabriel, Berliner Institut für Sozialforschung BIS
- Nina Kreutzfeldt, netzwerk architektinnen, innenarchitektinnen,ingenieurinnen, landschaftsarchitektinnen und stadtplanerinnen n-ails e.V.

Dialog mit Entscheidungsträger*innen aus der Politik, Stadtplanung

- Oda Hassepaß, MdA Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, u.a. Verkehrspolitische Sprecherin
- Christin Noack, Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement - KoSP GmbH
- Flavia Moroni, Women in Landscape Architecture WILA, BDLA
- Victoria Hein, Frauenbeirat Stadtplanung Mitte
- Claudia Spielberg, SPD Fraktion BVV Charlottenburg-Wilmersdorf
- Johanna Spies, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Stabsstelle Architektur, Stadtgestaltung, Planung
- Freier Stuhl: Interessensvertreter*innen aus der Stadtgesellschaft, Publikum

Moderation: M.Sc. Katharina Fender, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH